

JAN KUSBER

ZWISCHENRESÜMEE:
NATIONALISMUS, EINE NEUE STAATENWELT
UND DIE AUSSENPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN
IM ÖSTLICHEN EUROPA

Die Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg, die bekanntermaßen weit über den Kontinent hinausging, sortierte in Ost- und Südosteuropa die Landkarte neu. Der Zusammenbruch der drei Landimperien, mit dem die nationalen Eliten dieser drei multiethnischen und multireligiösen respektive -konfessionellen Reiche 1914, als die viel zitierte „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ ausbrach, nicht gerechnet hatten,¹ eröffnete Chancen, barg Risiken und führte unweigerlich zu Enttäuschungen, die nicht selten im außenpolitischen Dissens, wenn nicht gar in Konflikt und Krieg endeten. Der „Wilsonian Moment“, der einen Moment lang die Möglichkeit zu eröffnen schien, eine globale Sicherheitsordnung auf der Basis von Friedenskonferenzen zu errichten, währte nur kurz.²

Im Osten Europas, wo die Grenzen alter und neuer Staaten in einer Fortsetzung der Kämpfe des Ersten Weltkrieges mit neuen Konstellationen gefunden wurden, kam dieser Moment vielleicht überhaupt nie an, bevor die Partikularinteressen, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, zu den Pariser Vorortverträgen führten, mit denen wohl niemand, bis auf Georges Clemenceau, zufrieden sein konnte.³ Sieger, die ihre teils absoluten Ziele nicht durchsetzen konnten, neue Staaten, die nach einer

¹ Als Argument stark gemacht in: CHRISTOPHER CLARK, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

² So der eingängige Titel bei: EREZ MANELA, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, New York 2007.

³ ROBERT GERWARTH, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017, S. 219–318; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ / MACIEJ GÓRNY, *Der vergessene Weltkrieg 1912–1923*, 2 Bde., Darmstadt 2018, hier Bd. 2, S. 405–450.

Staatsraison suchend nicht selten in Konflikt mit ihren Nachbarn gerieten,⁴ – immer gab es den engen Zusammenhang eines Versuchs der Integration nach innen mit einer Außenpolitik, die diese eigens herbeiführen sollte. Die Nation war das leitende Prinzip der Staaten der Zwischenkriegszeit, und zwar die Staatsnation. Wo Wilson ursprünglich das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Demokratie auch für Minderheiten und das Individuum vorsah, setzten andere auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Das bedeutete, dass die Staatsnation jeweils dominierte – wogegen auch Instrumente wie beispielsweise der „kleine Versailler Vertrag“, der Minderheitenschutzvertrag zwischen Polen und den Siegermächten, nicht immunisierten.⁵

Nation und Nationalismus waren also politikrelevante Kategorien, mit denen auch jene umzugehen hatten, die qua Ideologie die Vorstellung hatten, dass Nationalismus eine Ausgeburt kapitalistischen, imperialistischen Denkens sei.⁶ Den *Bol'seviki* und all jenen, die sozialistische Ordnungsmodelle im Sinn hatten, wurde klar oder war von vornherein eingeschrieben, dass die Nation wirkmächtig war. Revolutionäre Erwartungen standen gegen Versuche von Nationalstaatsbildungen in der Ukraine oder im Südkaukasus; die revolutionäre Idee Béla Kuns scheiterte auch an der Anforderung, verlorene Gebiete der Krone Ungarns wiederzuerobern zu müssen, um den nationalen Ansprüchen gerecht zu werden.

Es ist nicht leicht zu entscheiden, wann in den Staaten (oder Staatsbildungsversuchen im Falle der Ukraine) von Außenpolitik, wann von Innenpolitik gesprochen werden kann, beides wirkte ineinander in den Zeiten instabiler Staatlichkeit. Je stabiler die Staaten wurden, desto deutlicher tritt die Wechselwirkung von innerer und äußerer Politik zutage. Die Staaten, die in den Kapiteln jeweils kundig behandelt werden, lassen sich unterschiedlich kategorisieren – einerseits in Gewinner und Verlierer, andererseits in neue Staaten und alte Staaten, beide Kategorisierungen waren weitgehend deckungsgleich.

Die Beiträge dieser Sektion arbeiten exemplarisch; nicht alle alten und neuen Staaten finden Berücksichtigung, nicht alle Beiträge widmen sich

⁴ Dies galt etwa auch für die Tschechoslowakei: Wahrgenommen als Siegerstaat musste sie in dem Vertrag von St. Germain dennoch einen Teil der Schulden der k. u. k. Monarchie übernehmen. Ota Konrád weist in seinem Beitrag darauf hin, für wie ungerecht dies empfunden wurde.

⁵ Hierzu: CAROLE FINK, *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection*, New York 2004.

⁶ Darauf weist Iskander Gilyazov in seinem Beitrag zu Recht hin.

der gesamten sogenannten Zwischenkriegszeit. Für die Ukraine wird nur die Zeit bis 1921 in den Blick genommen, aus guten Gründen. Die durch den deutschen Überfall auf Polen ausgelöste Katastrophe des europäischen Kontinents und ihre Vorboten werden nur in Ansätzen thematisiert – zu Recht, denn es geht ja nicht um Analysen vom Ende her. Schließlich wird die Bedeutung der autoritären Regime in Osteuropa mit Blick auf die außenpolitische Kultur nicht systematisch vermessen.⁷ Die Beiträge sind vielmehr von den Ergebnissen von Krieg und Revolution 1917/1918, also den Staats(neu)gründungen, her gedacht. In ihnen mussten sich die Staatsnation und die immer vorhandenen Minderheiten zusammenfinden.

Polen – die Zweite Republik – war ohne Frage ein Gewinner der Versailler Ordnung. Bianka Pietrow-Ennker zeigt, wie der Rückenwind des Zusammenbruches der drei Landimperien und des 13. der 14 Punkte Wilsons genutzt wurden, um sich den Staat zurückzuerobern, bevor der Staat stabile Grenzen erhielt, die in Kriegen erkämpft wurden. Litauen war ein neuer Staat, an den die litauischen Eliten 1914 selbst kaum geglaubt haben dürften,⁸ dem die Gegnerschaft zu Polen, wie Malte Rolf erläutert, trotz oder wegen der gemeinsamen frühneuzeitlichen Union, zur *raison d'être* wurde. Die Tschechoslowakei, ebenfalls ein Neuling, arbeitete an der Nationsbildung einer Doppelnation.

Zunehmend unversöhnlich standen sich die Nationalismen in dem unwahrscheinlichsten Newcomer gegenüber – dem SHS-Staat, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, dessen Akteure vom Erfolg ihrer Deklaration von Korfu selbst überrascht gewesen sein dürften. Nataša Mišković hebt zu Recht hervor, dass die südslawischen Eliten zunächst durchaus an den Erfolg eines gemeinsamen Staates glaubten und dass sich ein „Jugoslawismus“ in individuellen Biografien abzubilden vermochte. Aber die jugoslawische Nationsbildung blieb eine prekäre. Wegen der „unheilvollen Verschränkung der außen- und innenpolitischen Bedingungen“⁹ war die Integration des kriegszerstörten Landes eine Aufgabe, an der die Eliten scheiterten. Die außenpolitische Leistung von König Aleksandar I. Karadorđević mochte beachtlich gewesen sein, die

⁷ Dies geschieht freilich mit Blick auf die Innenpolitik: Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, hg. v. ERWIN OBERLÄNDER, Paderborn 2017.

⁸ Ähnliches gilt für Lettland und Estland, die in diesem Band nicht behandelt werden. Zu Lettland knapp: JAN KUSBER, Überleben zwischen den Großmächten. Lettische Außenpolitik 1918–1940, in: Lettland 1918–2018. Ein Jahrhundert Staatlichkeit, hg. v. IVARS ĪJABS u. a., Paderborn 2018, S. 51–62.

⁹ Siehe Nataša Mišković in diesem Band, S. 265.

Innenpolitik, spätestens nach 1929, führte jedoch dazu, dass sich der serbische und vor allem kroatische Nationalismus radikalisierten.

Die Unabhängigkeit der Kroaten in diesem südslawischen Staat war nur eines der Traumata der Ungarn, von denen Julia Richers Beitrag handelt. Monumente, mit denen 1896 das Millennium der Krone Ungarns gefeiert wurde, befanden sich nach Trianon außerhalb des Staatsgebiets.¹⁰ Ungarn war also ein Verlierer, wenn nicht *der* Verlierer der Versailler Ordnung, aber immerhin noch mit einer Staatlichkeit, die eine Plattform als Anspruch auf Revision bot. Der Beitrag handelt letztlich von der Erfolglosigkeit der Versuche. Weder gelang 1918 bis 1920 die Beeinflussung der Friedensverhandlungen, Kartenwerke, in denen Eugeniusz Romer im Falle Polens versuchte, Ansprüche zu begründen,¹¹ verfielen bezüglich Ungarns nicht; die darauffolgende außenpolitische Isolation wurde mit einer nach innen gerichteten publizistischen Tätigkeit verbunden, im Rahmen derer Anspruch und Idee eines größeren Ungarns durch das Massenmedium Postkarte verbreitet wurden, wie es etwa auch in deutsch-polnischen Auseinandersetzungen zum Einsatz kam. Freilich zielten die Postkarten auch auf ein internationales Publikum, dem das Unrecht von Trianon solcherart vor Augen geführt werden sollte. Diese Tätigkeit der Revisionsligen im ungarischen Fall herausgearbeitet zu haben, gelingt Julia Richers. Ihr Beitrag lädt zum Vergleich mit anderen derartigen Organisationen ein. Diese mediale Praxis wurde *nota bene* beibehalten, auch nachdem Ungarn seine außenpolitische Isolation aufbrechen konnte.

Rumänien, ein „alter Staat“, gehörte zu den Gewinnern, wie Claudiu Topor aufzeigt: Vor 1918 hatte man sich allenfalls um die Aromunen als Rumänen außerhalb der Grenzen der beiden alten Donaufürstentümer gekümmert. 1918 hingegen gelang Altrumänien der Anschluss von Bessarabien, der Bukowina und Siebenbürgens, was zu einer Verdoppelung seines Territoriums und seiner Bevölkerung führte – und zu Minderheiten, die nicht von einem Minderheitenschutzvertrag geschützt waren.¹²

Und Russland, wo Februar- und Oktoberrevolution doch eigentlich das Fanal für das Ende der Landimperien Europas bedeutet hatten? Iskan-

¹⁰ BÁLINT VARGA, *The Monumental Nation. Magyar Nationalism and Symbolic Politics in Fin-de-Siècle Hungary*, New York 2016.

¹¹ BENJAMIN CONRAD, *Der Geograph und die Grenzen. Eugeniusz Romers Einfluss auf Polens Staatsgebiet*, in: *Osteuropa* 67 (2017), H. 1–2, S. 89–96.

¹² Zum Einfluss auf die Geschichtskultur: HANS-CHRISTIAN MANER, 1918 und die Zwischenkriegszeit in rumänischen geschichtskulturellen Manifestationen, in: *Zugänge* 46 (2018), S. 72–86.

der Gilyazov schildert knapp die Grundzüge sowjetischer Nationalitätenpolitik von Lenin zu Stalin und zeigt am Beispiel Tatarstans, dass vor dem Hintergrund der ideologischen Prämissen Nationalismus von Ethnien immer nur als Etappe gesehen wurde, solange dieser als fortschrittlich interpretiert werden konnte und das sowjetische Experiment nicht in Frage stellte. Sahen aber die tatarischen Akteure das genauso? Wie wir wissen – keineswegs, und hier lohnt der vergleichende Blick auf den Südkaukasus.¹³

Auch lohnt hier der Blick auf die Ukraine, den Christoph Mick unternimmt. In den vier Jahren zwischen der russischen Februarrevolution 1917 und dem Frieden von Riga zwischen Polen und Sowjetrussland vier Jahre später wurden mindestens vier Versuche unternommen, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen, drei davon in den ukrainischen Provinzen des Russischen Reiches und einer in Ostgalizien, der östlichen Hälfte des österreichischen Kronlandes Galizien und Lodomerien.¹⁴ Letztlich, so Christoph Mick, scheiterten alle Versuche. In der Zentral- und Ostukraine schafften es die *Bol'sheviki* im dritten Anlauf, einen Großteil der Provinzen mit ukrainischer Bevölkerungsmehrheit unter Kontrolle zu bekommen. Sie versuchten sich nun unter der Fahne ukrainischer Autonomie an der Sowjetisierung, die in Terror endete, der freilich *à la longue* die Idee der Nation nicht unterminierte. Die *Korenizacija*-Politik sollte den *Bol'sheviki* spätestens nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auf die Füße fallen, als sich manche Elitenvertreter der sowjetischen Nationen schnell bereit fanden, an der Seite des nationalsozialistischen Deutschlands für die Unabhängigkeit von Moskau und den eigenen Staat zu kämpfen – um den Preis der Kollaboration.

In der Zweiten Polnischen Republik blieb der ukrainische Nationalismus virulent und eine Herausforderung auch für deren Außenpolitik. Bianka Pietrow-Ennker zeigt in ihrem Beitrag zu eben jener Außenpolitik, dass in der Geschichtskultur eines Staates zwar der Versuch gemacht werden kann, aus Geschichtsmymen Identität zu begründen, dass aber in der Außenpolitik dies wenig praktische Maßstäbe an die Hand gibt; der

¹³ ANDREAS FRINGS, *Sowjetische Schriftpolitik zwischen 1917 und 1941. Eine handlungstheoretische Analyse*, Stuttgart 2007; DERS., „Bakou est généralement considéré comme le centre de la variété musulmane du Bolchevisme“. Sowjetamnesien in der Stadtgeschichte Bakus, in: *Stadtgeschichten. Beiträge zur Kulturgeschichte osteuropäischer Städte von Prag bis Baku*, hg. v. BENJAMIN CONRAD / LISA BICKNELL, Bielefeld 2016, S. 53–69.

¹⁴ Dazu kommen Versuche mit regionaler Begrenzung in der Karpatho-Ukraine und in der Bukowina sowie die Proklamierung einer ukrainischen Sowjetrepublik in Char'kiv.

Mythos der alten *Rzeczpospolita* mit ihrer Ostgrenze beherrschte das zeitgenössische Raumdenken über die Eliten hinaus, war jedoch eben auch offen für imperiale Ambitionen und Zuschreibungen. Er ignorierte die Nationsbildungsprozesse in den sogenannten *Kresy*, die ohnehin als beliebig nutzbare Projektionsfläche dienten.¹⁵ Roman Dmowski und andere gingen – wie zweifelhaft auch immer die Stichhaltigkeit des gesamten Konzepts der Ethnizität war und ist (wie Boris Barth zu Recht angemerkt hat) – von einer ethnischen Konstitution des Volkes aus. Das Konzept war in jeder Hinsicht problematisch. Aber Wissenschaftler stellten sich im Falle der Geografie, der Geschichte, der Ethnologie, aber auch in den Natur- und Lebenswissenschaften gerne in den Dienst der Regierungen und Regime – das war in der Sowjetunion nicht anders als in Polen.¹⁶

In Litauen, so lernen wir in dem instruktiven Beitrag von Malte Rolf, war es etwa der einflussreiche litauische Sozialphilosoph Antanas Maceina, der ein völkisches Konzept von Staat skizzierte, in dem die kultur-ethnisch zu bestimmenden Litauer allen anderen Nationalitäten gegenüber privilegiert sein müssten. Die Bedrohung, die Litauen insbesondere durch den polnischen Nachbarn seit der formalen Annexion „Mittellitauens“ 1922 (aus polnischer Perspektive – dem Wilnaer Gebiet) nach dem polnisch-litauischen Krieg 1920 erwuchs – auch hier wieder Wilna/Vilnius als ein mythisch aufgeladener Stadtraum –, schien nur durch eine Purifizierung des Volkskörpers beantwortet werden zu können. Die außenpolitische Konstante dieses Konfliktes sowie der sich daraus ergebenden Konstellation einer relativen Nähe zur Sowjetunion und einer Feindschaft zu Polen führte zum Versuch, über Gegnerschaft gesellschaftliche Kohärenz des Volkes zu erreichen, die „Eisernen Wölfe“ und der Ruf nach „Litauen den Litauern“ standen paradigmatisch hierfür.

Ota Konrád handelt die gesamte Zwischenkriegszeit unter der Frage ab, wie außenpolitische Ereignisse nach innen dargestellt wurden. Nicht Siegermacht als Nachfolgestaat des Habsburger Reiches und doch unter den Siegern: Die Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz waren der

¹⁵ Vgl. hierzu etwa: CHRISTOF SCHIMSHEIMER, Polens Sicht auf seine östlichen Nachbarn im Spiegel der Parlamentaria des Jahres 1919, in: Die mittel-osteuropäischen Nationalstaaten nach 1918. Transformationen nach dem Zusammenbruch der Kaiserreiche, hg. v. RAINER BENDEL, Berlin 2019, S. 13–44.

¹⁶ FRANCINE HIRSCH, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005; KATRIN STEFFEN, Who Belongs to the Healthy Body of the Nation? Health and National Integration in Poland and the Polish Army after the First World War, in: *From the Midwife's Bag to the Patient's File. Public Health in Eastern Europe*, hg. v. SARA BERNASCONI u. a., Budapest 2017, S. 119–144.

doppelten Staatsnation von Tschechen und Slowaken gut zu vermitteln, nach innen wirkte immer die Frage einer Revision von Versailles, etwa durch die Aufwertung des Deutschen Reiches auf der Konferenz von Locarno, die Furcht vor einer deutsch-österreichischen Zollunion, die die Verhältnisse in Mitteleuropa am Anfang der 1930er Jahre grundlegend zu ändern drohte. Der Anschluss Österreichs 1938 hatte eine wichtige Funktion, was die Herstellung einer kohärenten Erzählung des „Standhaltens“ in der Außenpolitik anging.

Die Tschechoslowakei, in deren Erinnerungskultur man sich zugutehalten konnte, nicht den Weg in Autoritarismus und Diktatur gegangen zu sein, war in der Praxis dabei viel weniger demokratisch, als es das politische System suggerierte. Das betraf nicht nur, aber auch die Minderheiten, das betraf aber auch das Übergewicht der Exekutive über der Legislative, insbesondere in den 1930er Jahren. Ota Konrád weist schlüssig darauf hin, dass die Eliten, die nach dem Münchener Abkommen vom September 1938 mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu kooperieren gedachten, sich bereits an die starke Exekutive gewöhnt hatten und bereit waren, die Demokratie zu verabschieden. Schon das Denken von Edvard Beneš, der 1938 ins Exil ging, war davon beeinflusst. Eine Politik der Illusionen hatte eine wichtige stabilisierende Funktion. Die dann „großen“ Erzählungen von Beneš und seinen Mitarbeitern waren der Versuch, in den bewegten 1920er und 1930er Jahren Rationalität und Stabilität zu vermitteln, und stärkten so die Zuversicht in den neuen Staat.

Wie immer auch die Schwerpunkte in den einzelnen Beiträgen dieser Sektion gesetzt sind: Die Nation auf ethnischer Grundlage als Dreh- und Angelpunkt innenpolitischer Debatten über auswärtige Politik bot nach dem Ersten Weltkrieg beliebig steigerbares Konfliktpotential für die internationalen Beziehungen. Sie wurde als probates Mittel genutzt, Kohärenz der Gesellschaften herzustellen, wenn es um Nachbarn ging, die eher als Gegner betrachtet wurden. Das Reden von Größe, Bedeutung und Alter der eigenen Nation, die Argumentation mit Mythen und die Aktualisierung im Gedenken gehörte nicht nur zum Arsenal autoritärer Regime in Osteuropa, sondern war bereits den demokratischen Anfängen der Staaten eingeschrieben. Elitenvertreter aus Politik, Kultur und Wissenschaft arbeiteten als Experten an solcher Erzählung mit.

Dies festzustellen bedeutet nicht, wie Boris Barth in der Einführung zu den Beiträgen dieses Bandes nahelegt, dass die Demokratie als Staatsform zwingend zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Das Beispiel der Tschechoslowakei, aber auch das Beispiel Lettlands in den 1920er Jahren sprechen dagegen. Auch Demokratien – etwa die französische – agierten so. Es

gehörte aber zur politischen Praxis, dass man eher den Konflikt mit den unmittelbaren Nachbarn suchte, als gemeinsam gegen entferntere, weil eigentlich gefährlichere, existenzbedrohende Nachbarn zu kooperieren. Für die Tschechoslowakei und Polen war Deutschland dabei bedrohlicher als die Sowjetunion. Esten und Letten legten die Furcht vor dem sowjetischen Nachbarn nie ab, das Beispiel weiter Teile der Ukraine und des Südkaukasus war schlagend.

Die Rede von der Nation war aber vielleicht ein Grund, warum man sich so schwertat, kollektive vertragliche Bündnisse einzugehen oder gar supranationalen Organen wie dem Völkerbund zu Schlagkraft zu verhelfen. Auf der innenpolitischen Bühne war das Agieren mit vermeintlichen Optionen wichtig, um der Nation die Idee der außenpolitischen Souveränität nahezubringen. Die Kleine Entente etwa war aus der von Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gefühlten Notwendigkeit heraus gebildet worden, ihre Sicherheit zu verteidigen, vor dem Hintergrund der schon früh vorhandenen Zweifel an der Halbwertszeit der in den Verträgen von Trianon und Neuilly festgehaltenen Garantien. Sie bestand signifikanterweise aus drei bilateralen Bündnissen (Jugoslawien-Tschechoslowakei, Rumänien-Tschechoslowakei, Rumänien-Jugoslawien in den Jahren 1920–1921), wobei sich jeder der Unterzeichner dazu verpflichtete, dem eigenen Verbündeten im Falle eines nichtprovozierten Angriffs seitens Ungarns beizuspringen.¹⁷ Kollektive Sicherheit erbrachten diese Verträge ebenso wenig wie die 1934 abgeschlossene „Baltische Entente“.¹⁸

Außenpolitische und innenpolitische Kultur hingen eng miteinander zusammen; aggressive Rhetoriken sollten die Inklusion in den Staaten, im „Volk“ verstärken und Exklusion nach außen bewirken – etwa auch gegenüber Minderheiten im eigenen Staat. Auch in Ost- und Südosteuropa führte kein direkter Weg vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg. Aber die Tonlage verschärfte sich, als die Weltwirtschaftskrise 1929/30 in ihren Effekten auch in den Staaten und Gesellschaften in Ost- und Südosteuropa ankam, die die Populismen der Regierungen und Regime verstärkten. Diese Stimmung führte dazu, dass man Frieden an sich, im nationalsozialistischen Deutschland ohnehin kein Wert, trotz der Erfahrung der Urkatastrophe des Ersten Weltkrieges und der Bürgerkriege am Beginn der neuen Staatenwelt immer weniger Bedeutung beimaß.

¹⁷ Auch das Vertragspaket von Locarno war ein Konglomerat von Schiedsverträgen.

¹⁸ INESIS FELDMANIS / AIVARS STRANGA, *The Destiny of the Baltic Entente 1934–1940*, Riga 1994.